

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

liebe Kameradinnen und Kameraden,

Freundinnen und Freunde,

wie jedes Jahr am 1. September gedenken wir heute des verbrecherischen Überfalls Hitlers auf Polen und damit dem Beginn des 2. Weltkrieges.

Viele Millionen Tote, Verwundete und Geflüchtete waren die uns allen bekannte Bilanz eines der verbrecherischsten Massenmordes in der Menschheitsgeschichte.

Jedes Jahr gedenken wir der Toten und mahnen die Lebenden.

Mahnen die Politik und ihre Verantwortlichen. Erinnern an die Geschichte.

Erinnern an die Anfänge.

Freundinnen und Freunde,

in der Weimarer Republik herrschte nicht das Parlament.

Es herrschte das Recht der Straße!

Die, die am Lautesten schrien,

die, die den größten Terror verbreiteten waren im Recht!

Geduldet von konservativen staatlichen Organen!

Kommt uns das bekannt vor?

Jetzt kann man sagen, sie wussten nicht, was sie hervorriefen.....

Aber heute wissen wir es!

Freundinnen und Freunde,

wir wollen nicht das Recht der Straße.

Wir wollen eine lebendige Demokratie, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, die für Gerechtigkeit sorgt und sich nicht von rechtem Pack hertreiben lässt.

Auch heute werden Übergriffe von rechts relativiert und entschuldigt, herabgespielt und mit Verständnis begegnet.

Wenn man sich den braunen Mob in Chemnitz und die Kommentare dazu der sächsischen Politik ansieht, hat man doch ein Deja-vue!

Die Oberbürgermeisterin ist paralysiert, der Ministerpräsident hilflos und beide versuchen immer noch die Situation zu verstehen und zu entschuldigen.

Aber was gibt es da zu verstehen?

Einen wildgewordenen Mob, aufgehetzt durch ein widerliches Pack von alten und neuen Nazis, die mit Ängsten der Bürger spielen und Bürger, die sich von diesem Pack instrumentalisieren lassen?

Das spiegelt die Hilflosigkeit eines Staates wider, die dem braunen Treiben viel zu lange zugesehen hat.

Freundinnen und Freunde,

Sachsen hat eine lange Tradition mit Naziaufmärschen:

Hoyerswerda, Heidenau, Claußnitz, Freital und nicht zu vergessen Dresden.

Alles Orte in denen Pogrome gegen anders Aussehende und Flüchtlinge stattfanden und wo die sogenannte „Mitte der Gesellschaft“ mitlief.

Die NPD konnte dort besonders gut Fuß fassen, weil die konservativen Parteien Sachsen wie eine Monarchie regierten und keine Kritik duldeten.

Die NPD saß im Landtag und in ihren ehemaligen Hochburgen hat heute die AFD das Sagen!

Freundinnen und Freunde,

das sagt doch alles: Die Rechten aller Couleur haben in der AFD eine Heimat gefunden!

Diese verbrämten braunen Biedermänner haben in unsere Parlamente Einzug gehalten und sind verantwortlich für die Stimmung und die Übergriffe im Land!

Freundinnen und Freunde,

haben wir uns in der Vergangenheit am 1. September auf das Gedenken an den Beginn des 2. Weltkrieges beschränkt, so müssen wir heute unseren Schwerpunkt auf das Mahnen und Erinnern an die Anfänge des deutschen Faschismus, der seinen Höhepunkt in einem Weltkrieg gefunden hat, legen.

Das gleiche Gedankengut, das zu der größten Katastrophe der deutschen Geschichte geführt hat, hat mit der AFD in großem Rahmen in unsere Parlamente Einzug gehalten.

Fremdenfeindlichkeit, Hetze gegen Flüchtlinge und Andersdenkende und nicht zuletzt eine Abschottung im sogenannten Nationalen birgt akute Gefahren.

Jede Abschottung und dabei besonders die Desintegration der Weltwirtschaft birgt die Gefahr eines Wirtschaftskrieges. Die Erfahrungen der 30-er Jahre des vergangenen Jahrhunderts haben gezeigt, dass Wirtschaftskriege zwangsläufig zu Kriegen zwischen Nationen führen.

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir alle müssen Verantwortung für die Gestaltung einer freien, demokratischen, sozialen und gerechten Gesellschaft übernehmen, vor allem durch unser Engagement gegen rechts.

Dieser gesellschaftlichen Aufgabe müssen sich alle Demokraten stellen!

Notwendig ist auch heute eine Politik, die die Konsequenzen aus dem Gedenken und den historischen Erfahrungen zieht und die eine Wiederholung der Ereignisse des Nationalsozialismus unmöglich macht!

Deshalb müssen wir am 1. September mahnen.

Mahnen zum Frieden, aber auch zum Miteinander, zur Toleranz und zur Menschlichkeit.

73. Jahre nach Kriegsende gilt es demokratische Werte und vor allem den Geist, aus dem das Grundgesetz entstanden ist, immer noch zu verteidigen.

In Stuttgart hat sich ein Bündnis zur Verteidigung der Menschenrechte gebildet. Zusammen mit der Geiß-Stiftung und den Anstiftern sollen Aktionen zum 70. Jahrestag der Charta der Menschenrechte stattfinden. Dazu wird der Kollege im Anschluss noch etwas sagen.

Freundinnen und Freunde,

bezeichnend ist nur, dass die AFD diesem Bündnis nicht beitreten will. – ob sie angefragt wurde, weiß ich nicht?

In der Stuttgarter Zeitung wurde der AFD Bundestagsabgeordnete Lothar Meier mit den Worten zitiert: Sollte es „wieder eine politisch-korrekte Wohlfühlinitiative sein nach dem Motto, seid nett zueinander“, sei er nicht dabei.

Das zeigt doch überdeutlich, was von diesen sogenannten Volksvertretern zu halten ist!

Freundinnen und Freunde,

die Initiative für Menschenrechte zeigt, dass nicht überall den Rechten nichts entgegengesetzt wird.

Wir als VVN-BdA unterstützen alle demokratischen Bemühungen für Frieden, Toleranz und Menschlichkeit.

Wir treten ein für ein friedliches und tolerantes Miteinander, aber auch für ein entschiedenes Engagement gegen rechts.

Freundinnen und Freunde,

die Nerven liegen blank, das haben die Rechten immerhin schon geschafft.

Unsere Landesgeschäftsführerin Janka Kluge, wurde am Mittwochabend tötlich von Polizisten attackiert.

Nach einer Kundgebung gegen die Pogrome in Chemnitz auf dem Marienplatz setzte sich ein nicht angemeldeter Demonstrationszug in Bewegung.

Die Polizei ging gegen diese Demonstranten vor. Um einer Einkesselung zu entgehen verlies Janka den Demozug. Als die Situation zu eskalieren drohte, ging sie auf einen Polizisten zu der offensichtlich besonders aggressiv agierte, um ihn zur Mäßigung zu veranlassen. Dieser Polizist zog sie an den Haaren und schlug ihr ins Gesicht. Ein weiterer Kollege ging mit dem Schlagstock auf sie los, bis die Beiden von einem weiteren Kollegen weggezogen wurden.

Dies alles ist von verschiedenen Seiten als Bild und Video dokumentiert, wir werden im geschäftsführenden Landesvorstand der VVN-BdA über weitere Schritte beraten.

Soviel sei aber schon vorab gesagt, es geht nicht an, dass Polizisten tötlich gegen Demonstrantinnen vorgehen, die unbeteiligt am Straßenrand stehen!

Solche Entgleisungen von Seiten der Ordnungskräfte können nicht toleriert werden!

Freundinnen und Freunde,

als Antifaschistinnen und Antifaschisten stehen wir an der Seite aller Demokraten für ein freiheitliches, offenes und gerechtes Land.

Lasst uns dafür kämpfen, dass sich die Ereignisse des Nationalsozialismus nicht wiederholen können.

Nie wieder Ausschwitz!

Nie wieder Faschismus!

Nie wieder Krieg!